

Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei

Mit Beiträgen von:

Ismail Küpeli
Rosa Burç
Meral Çınar
Axel Gehring
Alp Kayserilioğlu
Kerem Schamberger
Mahir Tokatlı
Michael Wilk





Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung.

Ismail Küpeli (Hg.)
Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei

1. Auflage 2019
ISBN 978-3-96042-051-4
© edition assemblage

Postfach 27 46
D-48014 Münster

info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de
Mitglied der Kooperation book:fair

Umschlag: Carina Büker
Coverfoto: Mark Mühlhaus / attenzione photographers
Lektorat: Jens Weisbrod
Satz: Jens Weisbrod
Druck: Interpress
Printed in Hungary 2019

Inhalt

Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei:

Vorwort

Ismail Küpeli 5

Hauptsache die Kurd_innen verlieren:

Die türkische Nahostpolitik

Ismail Küpeli 10

Demokratische Autonomie: Staatenlos regieren als gesellschaftliche Alternative zum Nationalstaat in Nordsyrien und der Türkei

Rosa Burç 20

»Wir sind die Freie Presse« – Journalismus, Rojava und der Kampf um Afrin

Kerem Schamberger 30

Präsidentialismus alla Turca und kurdophobe Aspekte des Weges dorthin

Mahir Tokatlı 49

Der Aufschwung der Frauenbewegung in der Türkei

Meral Çınar 65

Afrin und die Krise der AKP. Zur Geopolitik des innertürkischen Burgfriedens

Axel Gehring 81

Sieg der Diktatur? Die Türkei nach der Afrin-Invasion und den Wahlen 2018

Alp Kayserilioğlu 99

Rojava –die türkische Invasion in Afrin

Michael Wilk 117

Autor_innen

126

Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei:

Vorwort

Ismail Küpeli

Am 20. Januar 2018 begann die türkische Offensive gegen Afrin und damit eskalierte die Vorgehensweise der Türkei gegen das selbstverwaltete und multiethnische Rojava-Projekt in Nordsyrien. Die Türkei verfolgt seit der Etablierung von Rojava eine feindselige Politik, die darauf zielt, Rojava zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen. So hat die Türkei von Anbeginn die türkisch-syrische Grenze dichtgemacht und lässt nicht einmal humanitäre Hilfen nach Rojava passieren. Dadurch können etwa Schulen und Krankenhäuser nicht aufgebaut werden, weil Baustoffe fehlen. Auch an anderen Ressourcen, die importiert werden müssen, mangelt es. Güter, die in Rojava benötigt werden, müssen mühsam und unter Lebensgefahr illegal über die türkisch-syrische Grenze gebracht werden oder über ebenfalls gefährliche Routen durch den Nordirak.

Die Türkei setzt bei ihrer feindlichen Politik aber schon länger nicht allein auf die Grenzblockade. Islamistische und jihadistische Gruppen, die bereit waren gegen Rojava zu kämpfen, wurden und werden von der Türkei mit Waffen, Geld und Rückzugsräumen in der Türkei unterstützt. Selbst der „Islamische Staat“ konnte jahrelang recht ungestört über die Türkei Waffen, Kämpfer und Geld nach Syrien bringen. Dies ist nicht anders zu erklären als durch eine aktive Duldung der Türkei, die den IS lange als ein Werkzeug zur Bekämpfung Rojawas angesehen hat.

Als der IS nach seinen Niederlagen in Syrien und im Irak an Schlagkraft verloren hatte und erkennbar war, dass andere islamistische und jihadistische Gruppen Rojava ebenfalls nicht ernsthaft gefährden konnten, musste die Türkei direkter vorgehen. Die türkische Militärintervention in Nordsyrien ab Ende August 2016 sollte dazu dienen die Vereinigung der Rojava-Kantone Kobanê und Afrin zu verhindern und Rojava insgesamt zu schwächen. Allerdings wäre zu diesem Zeitpunkt ein direkter Angriff der Türkei auf Rojava außenpolitisch nicht haltbar gewesen, weil die USA im Anti-IS-Kampf auf die syrisch-kurdischen Kräfte angewiesen waren. So hat die Türkei in Gebiete interveniert, die bis dahin unter IS-Herrschaft standen, wie etwa in der Grenzstadt Jarabulus. Aber es zeigte sich schnell, dass die syrisch-arabischen Verbündeten der türkischen Armee keine militärische Schlagkraft besaßen und untereinander heillos zerstritten sind. So wurde offensichtlich, dass mit dem bisherigen Ansatz (begrenzter Einsatz der türkischen Armee, während

syrisch-arabische Milizen das Hauptkontingent an Fußtruppen stellen) kein Erfolg gegen Rojava möglich ist.

Die jetzige türkische Offensive gegen Afrin setzte folgerichtig deutlich weniger auf syrisch-arabische Kräfte, sondern viel stärker auf die militärische Kraft der türkischen Armee selbst. Der direkte Angriff auf Rojava ist indes nicht zuletzt dadurch möglich geworden, dass die Großmächte USA und Russland diesen Angriff dulden – mit jeweils unterschiedlichen Motiven. Für die USA hat der Anti-IS-Kampf deutlich an Relevanz verloren, nachdem der IS weitgehend zerschlagen ist. Für Russland hingegen dient die türkische Offensive auf Rojava als Druckmittel, um Rojava zu einer Unterordnung unter dem Assad-Regime zu zwingen. Wie auch inzwischen von Rojava-Politiker_innen bestätigt wurde, hat Russland die Kurd_innen im Vorfeld der Afrin-Offensive vor folgende Wahl gestellt: Entweder gibt Rojava das Bestreben einer eigenständigen Politik auf und übergibt z.B. die Grenzposten an Assad-Truppen – oder die Türkei bekommt grünes Licht für eine Militärintervention. Die politische Führung des Kanton Afrin lehnte ab, und die Intervention begann.

Der Krieg gegen Afrin und die türkische Besatzung der Region seit März 2018 lassen sich indes nicht adäquat einordnen und verstehen, ohne die Perspektive räumlich und historisch zu weiten. Dann wird deutlich, dass die türkische Innen- und Außenpolitik darauf abzielt, die Kurd_innen weder in der Türkei noch in der Region über politische Macht verfügen zu lassen. Der Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei und die Angriffe der Türkei auf Rojava sind Facetten der türkischen Politik, die zum Ziel hat, die Kurd_innen in der gesamten Region zurückzudrängen. Während wir einerseits eine große Überschneidung in der gegenwärtigen Politik der AKP-Regierung und ihren Vorgänger_innen erkennen können, ist gleichzeitig in der öffentlichen Debatte der Eindruck vermittelt worden, dass die Kurd_innenpolitik der Türkei in den letzten Jahren sich unvermittelt und unerklärlich mehrfach gewendet hätte. Dabei bleibt unbeachtet, dass der Friedensprozess von der AKP so geführt wurde, dass die Rückkehr des Krieges keine Überraschung ist. Ebenso wird vergessen, dass der „Zuckerbrot“-Friedensprozess immer begleitet war von der „Peitsche“, nämlich die massive Repression gegen die Kurd_innen und die Androhung eines Krieges.

Rosa Burç, Meral Çınar, Axel Gehring, Alp Kayserilioğlu, Ismail Küpeli, Kerem Schamberger, Mahir Tokatlı und Michael Wilk richten mit ihren Beiträgen den Blick auf Zusammenhänge, die in der öffentlichen Debatte unterbelichtet bleiben. So werden sowohl die politischen als auch gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei analysiert, wozu selbstverständlich auch eine intensive Debatte um die Frauenbewegung in der Türkei gehört.

Ausgehend von der zentralen Bedeutung der „Kurdenfrage“ gerät dann die Perspektive auf die andere Seite der nationalstaatlichen Grenzen, nach Rojava. Hier fragen wir einerseits danach, ob Rojava eine Alternative zum Nationalstaat darstellt, und andererseits betrachten wir die Folgen des Afrin-Krieges sowohl für Rojava als auch für die Türkei selbst.

Wir beginnen mit einem Rückblick auf die türkische „Kurdenpolitik“ seit der Gründung der modernen Türkei im Jahr 1923. Dabei wird deutlich, dass die politische Führung der Türkei in ihrem Bestreben einen ethnisch homogenen Nationalstaat zu schaffen auf die Negierung aller anderen Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Kurd_innen, setzte. Die vergangenen 95 Jahre mit hunderttausenden Toten zeigen, dass ohne einen gerechten und nachhaltigen Frieden, in dem auch die politische, soziale und ökonomische Benachteiligung der kurdischen Bevölkerung adressiert wird, die grausame Geschichte der Türkei mit ihren kurdischen Bürger_innen nicht überwunden werden kann.

Die Geschichte der Türkei zeigt auch, dass der Nationalstaat kein Erfolgsmodell für ein gerechtes Zusammenleben von verschiedenen Bevölkerungsgruppen darstellt. Rosa Burç stellt mit der „Demokratischen Autonomie“ ein Alternativmodell der kurdischen Bewegung vor, die auf den Prinzipien der Selbstverwaltung, des Multikulturalismus und Konföderalismus basiert. Dieses Modell geht zurück auf die kurdischen Erfahrungen mit den Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten, die den Kurd_innen oft nur die Wahl zwischen zwangswiseiser Assimilierung oder der Vernichtung ließen.

Die politischen Ordnungsmodelle der kurdischen Bewegung, wie etwa die „demokratische Autonomie“ oder der „demokratische Konföderalismus“, haben in den westlichen Öffentlichkeiten und in den westlichen politikwissenschaftlichen Debatten noch keine große Anerkennung erhalten. Den Journalist_innen aus Rojava ergeht es oft ähnlich. Kerem Schamberger zeigt auf, dass es in Rojava ein Mediensystem gibt, das sich derzeit unter erschwerten Bedingungen etabliert hat. So gibt es trotz der geringen formellen Ausbildungsmöglichkeiten viele professionell arbeitende kurdische Journalist_innen, deren Arbeit im Westen jedoch bisher keine Anerkennung findet. Dies wurde zuletzt im Afrin-Krieg deutlich, als die Berichte der Journalist_innen aus Rojava von ihren Kolleg_innen in den westlichen Medien nicht als journalistische Berichterstattung akzeptiert wurden.

Die Bedeutung der „Kurdenfrage“ für die zentralen politischen Entwicklungen der Türkei macht Mahir Tokatlı anhand der Einführung des „Präsidialsystems“ in der Türkei deutlich. Dabei wird auch sichtbar, dass es sich im türkischen Modell nicht um ein Präsidialsystem handelt, sondern um ein offenkundig autokratisches System. Staatpräsident Erdoğan und

seine Regierungspartei AKP haben, um die nötige Unterstützung für das „Präsidialsystem alla Turca“ zu mobilisieren, auf die Kurd_innen als Feindbild zurückgegriffen und so die nationalistische MHP auf ihre Seite ziehen können. Im Zweifelsfall entscheiden die türkischen politischen Eliten sich dafür, „ihren“ türkischen Nationalstaat zu schützen – unabhängig von etwaigen internen Konflikten.

Während so viele türkische politische Akteur_innen als Bündnispartner_innen für eine wirkliche Demokratie und eine freie Gesellschaft ausfallen, hat sich die Frauenbewegung in den letzten Jahren als die stärkste Oppositionskraft gegen das AKP-Regime gezeigt. Meral Çınar zeigt, dass die zunehmende autoritäre Umgestaltung der Türkei unter Erdoğan auch darauf setzte, die soziale Unterordnung der Frauen zu verschärfen. Dieser steigende Druck auf die Frauen führte zu einem starken Widerstand der Frauenbewegung, der wiederum zu noch heftigeren Angriffen seitens des Regierungslagers führte. So wurden direkt im Anschluss an das Referendum im April 2017, welches zum neuen „Präsidialsystem“ führte, sofort Gesetzesänderungen (das „Gesetz zu sexueller Belästigung“, das „Kastrationsgesetz“ und die „Veränderungen am Ehe- und Scheidungsgesetz“) umgesetzt, diskutiert oder verändert. Das zeigt deutlich, dass sich der Fokus der Angriffe des Regimes auf die Frauen richtete.

Nicht zuletzt der Widerstand der Frauenbewegung und der kurdischen Bewegung, der trotz der massiven Repression stattfindet, zeigt, dass das AKP-Regime die politische Landschaft nicht gänzlich bestimmen kann. Axel Gehring weist auf die Krise innerhalb des Machtblocks und der sinkenden Fähigkeit der AKP ihre gesellschaftliche Hegemonie weiter aufrechtzuerhalten hin. In dieser Situation benötigt das Regime permanent die „Entscheidungsschlacht“, d.h. Konflikte, die alle politischen Akteur_innen vor die Wahl stellen sich hinter die Regierung zu stellen oder als Vaterlandsverräter zu gelten. Der Krieg gegen Afrin ist ein solcher Konflikt und hat sich im Sinne der Machterhaltung für Erdoğan und seine AKP gelohnt: Alle relevanten Parteien, bis auf die linke HDP, haben sich hinter dem Regime und für den Krieg positioniert.

Während dies nach einem Sieg des Regimes nicht nur über die Verteidiger_innen von Afrin sondern auch über ihre Konkurrent_innen im innerpolitischen Machtkampf aussieht, weist Alp Kayserilioğlu auf die Fragilität und Bruchlinien in der AKP-Herrschaft hin. Weder der Krieg gegen Afrin noch die Neuwahlen am 24. Juni 2018 konnten das Regime ausreichend stabilisieren. So bleibt die ökonomische Frage weitere eine Achillesferse des Regimes, wie es sich in der Wirtschaftskrise seit Sommer 2018 zeigt. Aber auch die Massenproteste der Frauenbewegung, zahlreiche größere und klei-

ne Streiks und Auseinandersetzungen an den Hochschulen zeigen, dass in der türkischen Gesellschaft noch viele oppositionelle Potenziale vorhanden sind. Der kurzzeitige Aufstieg von Meral Akşener und der IYI-Partei könnte ein Vorzeichen dafür sein, dass innerhalb der Machtblocks neue Konstellationen entstehen und das derzeitige Regime abgelöst wird.

Abschließend berichtet Michael Wilk davon, was der Krieg gegen Afrin ganz konkret für die Menschen dort bedeutet, nämlich Tod, Zerstörung und Vertreibung. Unter Bombenhagel versuchten Helfer_innen, wie etwa von Heyva Sor („Kurdischer Roter Halbmond“), Zivilist_innen zu behandeln und unterstützen und wurden vielfach selbst zu den Opfer des türkischen Angriffskrieges. Derzeit droht eine weitere türkische Offensive gegen Rojava und so könnte sich das, was in Afrin geschah, auch in den anderen Teilen Rojavas wiederholen. Es gilt das zu verhindern.